

per Fax ✓



An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

Schula

OBERBÜRGERMEISTER	
23. JAN. 2014	
3.3h	1 Zur Kts.
2 <input checked="" type="checkbox"/>	4 Antwort zur Sendung v.
	5 Antwort zur Schritt vorlegen

Humboldtstr. 104
90459 Nürnberg
Tel. 0911 2876013
Fax 0911 2876016

www.linke-liste-nuernberg.de

Nürnberg, den 23. Januar 2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Antrag zu Bundeswehr an Schulen
Hier: Umsetzung des Beschlusses des Schulausschuss vom 23.07.2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Schulausschuss des Stadtrats hat am 23.07.2010 beschlossen, dass die Direktorinnen und Direktoren der städtischen Schulen das Schulforum über sogenannte „Informationsveranstaltungen“ der Bundeswehr im Vorfeld informieren. Bei diesen Veranstaltungen wird entweder durch Karriereberater der Bundeswehr für den Soldatenberuf geworben oder durch Jugendoffiziere der politische Meinungsbildungsprozess von Kindern und Jugendlichen beeinflusst.

Am 10.01.2014 fand am städtischen Sigena-Gymnasium eine solche Veranstaltung statt. Aufgrund von Berichten aus der Schülerschaft bestehen Zweifel, ob das Schulforum tatsächlich vorab informiert wurde.

Deshalb stellt die Stadtratsgruppe der Linken Liste folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung legt dar, ob und wie der Beschluss des Schulausschuss zu Bundeswehr an Schulen vom 23.07.2010 durch das Direktorat des Sigena-Gymnasiums umgesetzt wurde.
2. Die Verwaltung gibt Auskunft über Thema und Zielgruppe der Veranstaltung sowie über die Teilnehmerzahl.
3. Die Verwaltung berichtet, wie es zu der Veranstaltung gekommen ist und die Bundeswehr in die Schule eingeladen wurde. Die Verwaltung stellt dar, ob die Schule die Bundeswehr aus Eigeninitiative eingeladen hat oder die Bundeswehr an die Schule herantreten ist.
4. Die Stadt Nürnberg appelliert an alle Schulleitungen und Lehrerschaft, keine Jugendoffiziere und Karriereberater der Bundeswehr zu Informations- und Werbezwecken in die Schulen einzuladen.

Dies gilt sowohl für die Einbindung von Jugendoffizieren in den Unterricht als auch die mögliche Beteiligung der Bundeswehr an Projekttagen oder Ausbildungsmessen auf Schulgelände. Schulen sollen weder Rekrutierungsstätten der Bundeswehr sein noch Orte der militärischen Propaganda, sondern Orte der Bildung.

Mit freundlichen Grüßen

M. Pader